

406/J XXI.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Barbara Prammer
und GenossInnen
an den Bundeskanzler
betreffend - Verzicht auf ein Frauenministerium

Die sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen haben sich für Frauen in Österreich in den letzten Jahrzehnten in einem eklatanten Ausmaß verändert. Ein gerüttelt Maß dieses Erfolges kann sich die Sozialdemokratie und die sozialdemokratische Frauenpolitik auf ihre Fahnen heften. Aufgrund der sozialdemokratischen Frauenpolitik wurde nicht nur eine gesellschaftliche Sensibilisierung erreicht, die dazu führte, daß geschlechtsspezifische Diskriminierung in Österreich kein Kavaliersdelikt mehr ist und daß die Ermöglichung jener Rahmenbedingungen, die Frauen ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, zu einem der wesentlichen Aspekte des politischen Selbstverständnis geworden ist.

Frauenpolitik ist Sensibilisierung, ist Aufmerksammachen, ist Aufklären. Neben diesen sozialen Aspekten ist jedoch der formale Aspekt von wesentlicher Bedeutung. Die Möglichkeiten, sich innerhalb des Normsetzungsprozesses einzuschalten und damit eine zielorientierte Frauenpolitik zu ermöglichen, kann nicht ohne ministerielle Kompetenzarbeit und dementsprechend ministerieller Sacharbeit erfolgen. Daher bedarf eine effiziente und den Standards der modernen Demokratie entsprechenden Frauenpolitik die kompetente und unabhängige Vertretung von Frauenanliegen im politischen Willensbildungs- und Normsetzungsprozeß und daher einer starken, und unabhängigen und sachkompetenten Repräsentanz in allen Gremien.

Die rechtskonservative Regierung hat nun auf ein eigenes Frauenministerium verzichtet. Frauenanliegen werden künftig als Untergruppierung der Sozialpolitik aufgefaßt. Damit werden Frauen zur Fußnote der Sozialpolitik. Die rechtskonservative Regierung dokumentiert damit auf ein Vielfaches den Stellenwert von Frauen und Frauenpolitik. Frauenpolitik wird aus dem Zentrum des politischen Anliegens hinausgedrängt. Frauenanliegen, Gleichbehandlungsfragen etc. werden marginalisiert.

Den Stellenwert, den die rechtskonservative Regierung Frauen zubilligt wird auch durch die einzigartige Entgleisung des Kurzzeitministers Dr. Michael Krüger deutlich:

"Krüger klemmt sich bebend an seinem Sessel fest, wirft nach Luft schnappend den Kopf in den Nacken, wiehert vor Freude, springt auf, kurvt das Ministerbüro: „Waßt no, die Miss Vienna?“, ruft der Michi in ihm. „Mein Gott“, klatscht der Dieter in die Hände, „was haben wir geschnackelt. Die Miss Vienna haben wir uns geteilt. Zuerst ich im Schlafzimmer, dann du im Wohnzimmer“.

Bis jetzt wurde von der Bundesregierung zu diesem Vorfall nicht Stellung genommen! Von Seiten des Bundeskanzlers wurde keine Reaktion gesetzt.

Die offenkundige Marginalisierung von Frauenanliegen auf inhaltlicher und politischer Ebene geht aber nicht nur Hand in Hand mit völlig inakzeptablen Äußerungen gegenüber Frauen, die zu Sexualobjekten und der uneingebremsten Darstellung männlicher „Bocksprung - Allüren“ degradiert werden, sondern auch mit einer Auffassung von ministerieller Kompetenz, die eine starke und unabhängige Einbringung von Frauenanliegen im politischen Willensbildungs - und Normsetzungsprozeß nicht erwarten läßt. So erklärte Frau Bundesministerien Elisabeth Sickl:

"Mein persönliches Engagement, Flexibilität und Fähigkeit zum Dialog. **Ein Minister braucht gewisse Charaktereigenschaften, für die Sachkompetenz hat er einen Beamtenapparat. Die Details braucht er eh nicht wissen.** Er muss die Linie vorgeben.“
(News, 24.2.2000)

Diese Aussage läßt befürchten, daß Frauenanliegen bei den Verhandlungen auf Ministeriebene auf der Strecke bleiben.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler nachstehende

Anfrage:

1. Wie wird Frauenpolitik künftig auf ministerieller Ebene wahrgenommen werden?
2. Wie werden Sie gewährleisten, daß die MinisterInnen Ihrer Regierung ihre Fachbereiche kompetent und den Anforderungen, die an Minister und Ministerinnen gestellt werden müssen, entsprechend wahrnehmen.
3. Warum haben Sie bis heute keine Stellungnahme zu den Krügerschen Frauendiskriminierungen getätigt.
4. Wie werden Sie künftig gewährleisten, daß Frauen in Äußerungen von Mitgliedern Ihrer Bundesregierung nicht zu Sexualobjekten degradiert werden?
5. Wie wollen Sie, aufgrund der emanzipationsfeindlichen Orientierung der neuen Regierung, gewährleisten, daß EU - Richtlinien im Bereich der Antidiskriminierungsmaßnahmen von Österreich umgesetzt werden?
6. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie gewährleisten, daß auch künftig Frauenpolitik auf dem selbstverständlichen Niveau eines modernen westlichen demokratischen Landes, das sich dem gleichberechtigten Miteinander verpflichtet fühlt, ausgeübt wird.